

**HESSISCHER LANDTAG**

03. 12. 2015

HHA

**Änderungsantrag
der Fraktionen der CDU und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die
Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 19/2662 zu Drucksache 19/2307**

Inhalt des Antrags: **Anpassungen infolge Projekt „Fit für den Rechtsstaat
– Fit für Hessen“ (Rechtsstaatsklassen)**

Einzelplan **05** Hessisches Ministerium der Justiz

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 01 Ministerium
Buchungskreis: 2400

Produktnummer lt. Leistungsplan 1

Bezeichnung lt. Leistungsplan Justiz

<u>Leistungsplan:</u>	Veränderung		
	von	um	auf
	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	18.176,2	+100,0	18.276,2
Produktabgeltung	18.124,5	+100,0	18.224,5

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

In der Kostenartenschichtung bei Produkt Nr. 1 (Justiz) erhöhen sich die Sachkosten von 7.854.700 Euro um 100.000 Euro auf 7.954.700 Euro. Das Betriebsergebnis verändert sich von -18.124.500 Euro um 100.000 Euro auf - 18.224.500 Euro.

Die Produktabgeltung bei Produkt Nr. 1 erhöht sich von 18.124.500 Euro auf 18.224.500 Euro.

Im Erfolgsplan erhöhen sich die Erträge aus Produktabgeltung (VKR 544) von 56.673.900 Euro um 100.000 Euro auf 56.773.900 Euro. Die sonstigen Personalaufwendungen (VKR 650-659) erhöhen sich von 32.038.400 Euro um 100.000 Euro auf 32.138.400 Euro.

Kameraler Haushalt:

Beträge in EUR

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
538	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	413.400	+100.000	513.400

Kameraler Haushaltsabschluss:

Beträge in EUR

Hauptgruppe	von	um	auf
HG 5	4.331.800	+ 100.000	4.431.800
Kameraler Zuschuss/Überschuss	-55.552.600	-100.000	-55.652.600

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**Begründung des Änderungsantrags:**

Für die Umsetzung des Aktionsplans zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts werden die erforderlichen Mittel bereitgestellt.

Mehrbedarf zur Umsetzung des Projektes „Fit für den Rechtsstaat – Fit für Hessen“ (Rechtsstaatsklassen).

Mit einem neuen Projekt „Fit für den Rechtsstaat – Fit für Hessen“ (Rechtsstaatsklassen) sollen Asylbewerber und Flüchtlinge freiwillige Angebote erhalten, über den Rechtsstaat, Grundrechte und die Demokratie informiert zu werden. Darüber hinaus sollen Grundfertigkeiten im rechtlichen Verkehr, etwa Verbraucherrechte sowie Hinweise zum Opfer- und Zeugenschutz bei Straftaten vermittelt werden.

Wiesbaden, 03.12.2015

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende

Michael Boddenberg

Mathias Wagner (Taunus)